

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtsbach, Hammelshain, Bencha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinkirchberg, Klinga, Röhra, Einbeck, Ponthen, Oberschöna, Thiersch etc.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Gefestiges Wochentag 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr
für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mr. 1.—, halbjährlich Mr. 2.—,
ohne Auslagen, Post einschl. der Postgebühren Mr. 0.75. Im Falle höherer
Gewalt, Krieg, Streik oder sonstigen Störungen des Betriebes, hat der Bezieher
keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die gespaltenen Anzeigen 70 Pf., auswärts 80 Pf. Sim-
pler Teil Mr. 1.50. Reklamezeile Mr. 1.50. Beilagegebühr pro Hundert Mr. 2.—.
Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Ercheinungstages,
Bekleidungen noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen.
Bekleidungen werden von den Ausländern oder in der Geschäftsschule angenommen.

Berneut: Amt Naunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Güng & Söhne, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 103

Mittwoch, den 31. August 1921

32. Jahrgang

Amtliches.

Brennholzversteigerung.

Naunhofer Staatsforstrevier.

Im Ratskeller zu Naunhof,

Freitag, 2. September, 1/10 Uhr:

14 cm hart, und 299 weich. Brennholz in kleinen Pößen von 1 bis 3 cm.

Forstrevierverwaltung Naunhof.

Forstamt Grimma.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* In Berlin wurde ein vorläufiges Wirtschaftsabkommen zwischen Deutschland und Italien abgeschlossen.

* Die Reichsregierung erlässt einen Aufruf und eine Verordnung zum Schutz der staatlichen Ordnung und Sicherheit.

* Der ermordete Abg. Erzberger wird nicht in Berlin, sondern in Biberach beerdigt.

* Die sozialdemokratischen Parteien haben für Mittwoch große gemeinsame Kundgebungen "gegen den politischen Mord und für die Republik" angekündigt.

* In Potsdam wurden bei einer großen linksradikalen Demonstration zwei Arbeiter von einem in Notwehr handelnden Schupo-Polizisten erschossen.

* Die Tagung des Volksverbundsrates über Oberfranken hat in Gera begonnen. Oßwald hat seinen Bericht fertiggestellt.

* Der ehemalige Kaiser Wilhelm II. gab nunmehr seine Zustimmung zur Veröffentlichung des 3. Bandes der Bismarck-Gedenk-Schriften.

Schlußdienst.

Drucknachrichten vom 30. August.

Beerdigung Erzbergers erst am 2. September.

Berlin. Die Beerdigung Erzbergers, die bekanntlich nunmehr in Biberach, dem Hauptort seines Wahlkreises, stattfinden soll, ist dem Vernehmen nach auf Freitag, 2. September, verschoben worden. Bis dahin dürfte der Kabinettstag in Frankfurt sein Ende erreicht haben, so daß allen führenden Männern der Zentrumspartei Gelegenheit zur Teilnahme geboten ist.

Der Nachfolger Frauendorfers.

Berlin. Der Reichspräsident hat an Stelle des vor kurzem durch Selbstmord verstorbenen Staatssekretärs von Frauendorfer den Präsidenten der Eisenbahndirektion München von Frankland zum Staatssekretär bei der Zweigstelle Bayern des Reichsverkehrsministeriums ernannt.

Die Verfolgung der Mörder Erzbergers.

Offenburg. Zu dem Mordanschlag auf Erzberger erhält die Offenburger Zeitung noch folgende Mitteilungen: Die beiden Täter gingen in einem so geringen Abstand hinter den beiden Abgeordneten her, daß man sie allgemein für ihre Söhne hält. Es wird berichtet, daß die beiden Täter wiederholt im Vorbeigehen die Zimmer des Abgeordneten Erzberger beobachteten. Das wurde auch unmittelbar, bevor sie am Freitag morgen in den Wald gingen, gesehen. Nach der Tat flüchteten sie in der Richtung nach dem Kniebald und fragten den Strafenwart nach der Begrüßung. Die angesuchten Polizeibeamte verfolgten die Spur der Täter ebenfalls, so daß die Fluchtrichtung feststeht. Das ganze Amtsgebiet ist von Gedächtnis umhüllt.

Beabsichtigter Anschlag auf eine Eisenbahnbrücke.

Bielefeld. In einer unmittelbar an dem Bahnhof der Bahn Köln-Hannover-Berlin gelegenen Brücke fanden spielende Kinder eine Sprengstoffladung. Sofort vorgenommene Nachgrabungen förderten drei Akten des sehr gefährlichen Sprengstoffes Donamit und etwa 20 Meter Zündschurz auf. Der Zweck der Bergabtragung ist noch nicht klar; es liegt aber die Vermutung nahe, daß ein Attentat auf die Brücke geplant war.

Sicherheit zwischen Stahlhelmleuten und Kommunisten.

Magdeburg. Bei der Stahlhelm-Jahresweihe in Buelsterheide kam es bei den beliebterseiten Umzügen zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen den Stahlhelmleuten und aus Habsburg, Österreich und Braunschweig gelömmten Kommunisten und Unabhängigen. Gleich zu Anfang wurde ein 61-jähriger Oberpostmeister aus Magdeburg durch Kopf- und Beinblowd getötet. Die Sicherheit nahm dann einen immer größeren Umfang an. Es gab zahlreiche Verwundete.

Wissenschaftliche Gesellschaft für Luftfahrt.

München. Vom 4. bis 6. September d. J. findet hier unter dem Protektorat des Prinzen Heinrich von Preußen die 7. ordentliche Mitgliederversammlung der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Luftfahrt E. V. statt. Außer den ordentlichen Sitzungen sind Ausschlüsse ins Maximal und nach Augsburg zur Besichtigung der dortigen großen Werke besonders der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, der Ballonfabrik A. Rieger AG. und der Bayerischen Rumpler-Werke sowie eine Besichtigung des deutschen Museums in München vorgesehen. Außerdem finden eine Reihe interessanter und lehrreicher Vorträge statt.

Zusammenbruch eines bedeutenden Sportkonzerns.

Dortmund. Auch den westdeutschen Sportkonzern Uebbing u. Co. in Dortmund hat jetzt sein Ende erreicht. Die Staatsanwaltschaft hat das Geschäft geschlossen und die Geschäftsräume unter Siegel gelegt. Die Schulden des westdeut-

schen Sportkonzerns werden auf rund sechs Millionen Mark geschätzt. Die Kasse enthielt jedoch nur 3,30 Mark, da Uebbing vor seiner Abreise aus Dortmund geleert hatte. Uebbing beschäftigte 19 Hauptangestellte, von denen jeder wieder mit einer mehr oder weniger großen Zahl von Untergestalten arbeitete. Uebbing hatte auch einen Stall, der aus 13 Pferden bestand, von denen jedoch nur ein einzelnes Uebbing gehörte, während die übrigen 12 unbekannt im Stale standen.

Schwere kommunistische Ausschreitungen.

Halberstadt. Gelegenheit eines Regimentsfestes der ehemaligen VII. Sennitz-Kavallerie kam es hier zu schweren Ausschreitungen. Den Anfang hierzu soll eine von einem Oberleutnant gehaltene Rede gegeben haben. Um die Mittagszeit, als nur vereinzelt Personen im Hafsaal versammelt waren, erschienen etwa 200 Kommunisten und richteten grobe Verwüstungen an. Die Schupo stellte die Ruhe wieder her.

Ein Attentat auf den serbischen Prinzen Georg?

Prag. Auf der Station Parkany wurde der 30jährige Serbe Jatob Dost unter dem Verdacht verhaftet, einen Anschlag gegen den serbischen Prinzen Georg vorbereitet zu haben, der sich nach Karlsbad begibt.

Schutz der staatlichen Ordnung

Ein Aufruf der Reichsregierung.

Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten fand Montag eine Kabinettssitzung in Berlin statt, in der folgender Aufruf der Regierung an das Volk beschlossen wurde:

Schon seit geraumer Zeit erfüllt es die Reichsregierung mit Besorgniß, daß die öffentlichen Sitten in Deutschland immer mehr in Verfall geraten und die Grundlagen von Reich und Staat zu erschüttern drohen. In einer Zeit, in der alle Kräfte der Nation darum gesetzt werden müssen, die moralischen, sozialen und wirtschaftlichen Schäden des Krieges zu heilen, geht eine zügellose Agitation immer offener und breiter, die politischen und sozialen Fundamente zu untergraben, auf denen sich der Neubau des Deutschen Reiches erheben soll. Die Sprache der Presse, welche diese unheilvollen Bestrebungen dient, wird von Tag zu Tag eindeutiger; sie zeigt, daß der Plan gewissenloser Elemente und Gruppen, die den gewaltsamen Umsturz der verfassungsmäßigen Ordnung betreiben, in weitere Kreise des Volkes getragen werden soll. Offen und in höherer Form wie in solchen Organen und in Versammlungen zu Gewalttaten an politischen Gegnern, ja zu Mord aufgehoben. Augenscheinlich halten die Führer dieser Bewegung die Zeit für gekommen, in der die Ziele nicht mehr verfehlert zu werden brauchen, sondern offen bekannt werden dürfen. Die Reichsregierung wird von dieser Bewegung als ein klärriger, unschädlicher, schwächer und undeutscher Politiker dargestellt, deren Beteiligung patriotische Pflicht sei. Neben und in den Parteien, die in parlamentarischer Opposition stehen, gewinnen in letzter Zeit Organisationen, Vereine, Gruppen und Verbündete an Bedeutung, die ausdrücklich gegen die demokratisch-republikanische Staatsform offen zur Verachtung der Verfassung und Übertritt der Gesetze auffordern. Die Not des Vaterlandes macht es zur doppelten Pflicht, mit harter Hand diesem Treiben teils gewissenloser, teils verbündeter Elementen entgegenzutreten. Ein schwerer Winter steht Deutschland bevor; noch lasten auf es die schweren drückenden Folgen des verlorenen Krieges, noch ist Oberschlesien dem Reich nicht gesichert. Seine Reitung, für welche die Regierung seit Monaten zäh und nicht aussichtslos kämpft, kann durch einen offenen Ausbruch innerer Zwistigkeiten in Frage gestellt werden. Der politische Kredit des Deutschen Reiches darf nicht erschöpft werden in einem Augenblick, in dem wir den Anspruch auf Oberschlesien auf die Grundsätze der Demokratie begründen. Ebensoviel kann es gebraucht werden, daß durch politische Unruhen die Wirtschaftskraft Deutschlands geschwächt wird, die zur Abtragung der schweren und auferlegten Lasten auf höchste angespannt werden muß. Nur durch dauernde ungehörige Arbeit kann es gelingen, Reich und Volk über die schwernen Zeiten hinwegzuführen, in den Tiefpunkt und Heuerliche Hoffnungslosigkeit nebeneinander hergehen. In dieser Lage des Vaterlandes die Verfassung und die Gesetze anstrengen oder verhindern, heißt eine zweite, in Wechselwirkung mit der ersten Lagen dieser umfassenden Arbeiten zunächst zu seinem greifbaren Ergebnis geführt. Ehe der Abgeordnete Dies die Nachricht von dem Mord nach Griesbach brachte, war so viel Zeit vergangen, daß die Mörder, vermutlich im Automobil, auf ihrer Flucht einen großen Vorsprung gewinnen konnten. Auch hatte der Regen alle Spuren stark verwischt, so daß die Polizeibeamte keine Arbeit leisten konnten. Die von Berlin aus abgesandten dreißig Polizeibeamten werden unterstützt von badischen Sicherheitsbeamten. Noch am Sonntag wurde eine Streife durch die Waldungen und in der weiteren Umgebung veranstaltet. In dem Ort Petersdorf ist es gelungen, einen Mann aufzutreiben, der wichtige Beweise machen konnte, welche auf eine neue Spur leisen. Alles einzelne darüber wird natürlich gehemmt gehalten. Die Reichsregierung hat

Die Verordnung des Reichspräsidenten

gründet sich auf Artikel 48 der Verfassung und bestimmt zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im wesentlichen:

§ 1. Periodische Druckschriften, deren Inhalt zur Verherrlichung oder Befleidigung der Verfassung oder verfassungsmäßigen Einrichtungen des Reiches oder eines seiner Länder zu Gewalttaten gegen Vertreter der republikanisch-demokratischen Staatsform, zu Ungehorsam gegen Gelege oder rechtskräftigen Verordnungen oder gegen die innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der verfassungsmäßigen Behörden auftreten oder anteilt, können für die Dauer bis zu vierzehn Tagen verboten werden. Gleiches gilt für periodische Druckschriften, deren Inhalt eine Billigung oder Verherrlichung solcher Handlungen darstellen, oder die verfassungsmäßigen Organe und Einrichtungen des Staates in einer den inneren Frieden des Staates gefährdenden Weise unrechtmäßig machen. Das Verbot kann bis auf die Dauer von drei Monaten ausgedehnt werden, wenn die Druckschrift nach vorherigem Verbot gegen die Bestimmungen verläuft. Das Verbot gilt für das gesamte Reichsgebiet und umfaßt auch jede angebliche neue periodische Druckschrift, die sich jährlich als die alte darstellt. Zuständig für den Auspruch des Verbots ist der Reichsminister des Innern, der die zum Vollzug notwendigen Vorschriften erlässt.

§ 2. Eine Beschuldigung von Druckschriften ohne richterliche Anordnung ist außer in den Fällen des § 23, Nr. 1 und 2 des Reichsgesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 auch dann zulässig, wenn der Inhalt der Druckschrift die Voraussetzung eines Verbotes nach § 1, Absatz 1, erfüllt.

§ 3. Wer eine nach § 1 verbotene Druckschrift herausgibt, verlegt, druckt oder verbreitet, wird mit Geldstrafe von 500 000 Mark und mit Gefängnis oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 4. Versammlungen, Vereinigungen, Aufzüge und Kundgebungen können außer den Fällen des Artikels 123 der Reichsverfassung verboten werden, wenn die Besorgniß begründet ist, daß in den Versammlungen usw. Erörterungen stattfinden, die zur gewaltsamen Anderung oder Befleidigung der Verfassung oder verfassungsmäßigen Einrichtungen des Reiches oder eines seiner Länder, zu Gewalttaten gegen Vertreter der republikanisch-demokratischen Staatsform, zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtskräftige Verordnungen oder gegen die innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der verfassungsmäßigen Behörden auftreten, solche Handlungen billigen oder verherrlichen oder die verfassungsmäßigen Organe und Einrichtungen des Staates in einer den inneren Frieden des Staates gefährdenden Weise unrechtmäßig machen. Zuständig für den Auspruch des Verbots ist der Reichsminister des Innern, der die zum Vollzug notwendigen Vorschriften erlässt.

§ 5. Wer eine nach § 4 verbotene Versammlung usw. veranstaltet oder in einer solchen verbotenen Versammlung usw. als Redner auftritt, wird mit Geldstrafe bis zu 500 000 Mark und mit Gefängnis nicht unter einem Monat, wer an einer solchen verbotenen Versammlung usw. teilnimmt, mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mark und mit Gefängnis oder mit einer dieser Strafen bestraft.

In Paragraph 6 werden die Beschwerdebestimmungen geregelt. Eine Beschwerde hat keine aussichtsvolle Wirkung. Der Schlussparagraph 7 sagt, daß die Verordnung mit dem Tage der Verkündigung, also sofort, in Kraft tritt.

Auf der Suche nach den Mördern.

Beerdigung Erzbergers in Biberach.

Die Nachforschungen nach den Mördern des Abgeordneten Erzbergers stehen auf sehr grobe Schwierigkeiten und haben in den ersten Tagen dieser umfassenden Arbeiten zunächst zu seinem greifbaren Ergebnis geführt. Ehe der Abgeordnete Dies die Nachricht von dem Mord nach Griesbach brachte, war so viel Zeit vergangen, daß die Mörder, vermutlich im Automobil, auf ihrer Flucht einen großen Vorsprung gewinnen konnten. Auch hatte der Regen alle Spuren stark verwischt, so daß die Polizeibeamte keine Arbeit leisten konnten. Die von Berlin aus abgesandten dreißig Sicherheitsbeamten werden unterstützt von badischen Sicherheitsbeamten. Noch am Sonntag wurde eine Streife durch die Waldungen und in der weiteren Umgebung veranstaltet. In dem Ort Petersdorf ist es gelungen, einen Mann aufzutreiben, der wichtige Beweise machen konnte, welche auf eine neue Spur leisen. Alles einzelne darüber wird natürlich gehemmt gehalten. Die Reichsregierung hat

eine Belohnung von 100 000 Mark

für die Ermittlung der Täter oder der Ansitzer ausgesetzt. Für die Verfolgung ist die Badische Landespolizei in Karlsruhe zuständig. — Bei der ärztlichen Untersuchung der Leiche des Abgeordneten Abgeordneten wurden im Körper sechs Geschosse gefunden und zwar im Kopf, im Hals, in der Brust und im Unterleib. Die Geschosse haben den Körper ganz und gar durchschlagen. Die Beerdigung wird nicht, wie ursprünglich geplant, in Berlin, sondern in Biberach, wo Erzberger gewählt wurde, stattfinden. Die Stadt hat für ihn ein Ehrengrab gestiftet.

Die feierliche Einsegnung der Leiche hat in Oppenau stattgefunden. Große Scharen der Bevölkerung und zahlreiche Persönlichkeiten der politischen Welt waren dabei anwesend. Der Reichsminister Giesberts hielt als Vertreter der Reichsregierung eine Rede, in der er sagte: Wir wissen heute noch nicht, ob dieses Verbrechen nicht die Einleitung zu

*

politischen Unruhen ist. Die Reichsregierung wird nichts unterlassen, um diesem Unheil des politischen Mordes ein Ende zu bereiten. Gießbaris zeichnete dann die Bedeutung des Erzberger als Staatsmann. Werner sprach u. a. der früheren Reichsdamler Hohenbach namens des Deutschen Reichstages.

Der Eindruck im Auslande,
der durch die Nachricht von der Mordtat hervorgerufen wurde, geht dahin, daß man allgemein Abscheu und Bevorsichtigt äußert. Sowohl die französische wie auch die englische und die neutrale Presse überwiegend teilweise Kritik an der Person und der Politik Erzbergers, weisen aber darauf hin, daß Deutschland durch den Mord schweren inneren Gefahren ausgesetzt sei, die vielleicht auch eine Zahlungsfähigkeit und damit zugleich seine Beziehungen zum Auslande nachteilig beeinflussen könnten. Besonders warme Teilnahme zeigte der Papst. Man hält auch in Rom das Verbrechen für ein Symptom der Fortdauer der politischen Kämpfe in Deutschland, die man außerordentlich bedauert.

Gemeinsames Vorgehen der sozialistischen Parteien.

Die Mehrheitssozialdemokraten und die Unabhängigen beabsichtigen, bei der Reichsregierung gemeinsame Vorstellungen zu erheben. Die Führer beider Parteien sind bereits zu einer gemeinsamen Beratung zusammengetreten, in der einheitliche Richtlinien für das Vorgehen der beiden Parteien beschlossen werden sollen. Alles Anschein nach wird der Nord an Erzberger die einheitliche sozialistische Front verwirklichen, die bis jetzt nur erstrebt worden ist, aber in naher Zukunft nicht erreichbar schien.

61. Deutscher Katholikenstag.

Frankfurt a. M., 29. August.
Die offizielle Eröffnung der 61. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands, der ersten nach dem Kriege, fand heute statt. Gestern Abend war ein Begrüßungsabend vorausgegangen. Für Sonntag waren zwei Sitzungen angelegt, die erste geschlossen um 11 Uhr vormittags. Von Papst und vom Kardinal waren Begrüßungsgrammaten eingegangen. Als Vertreter des Papstes war Runtius Vacalli aus München erschienen, ferner waren anwesend Reichskanzler Dr. Wirth, preußischer Ministerpräsident Siegertwald und Bischof Augustinus von Limburg. Zum Präsidenten wurde der Abt Helmuth Regensburg gewählt, zum Ehrenpräsidenten Graf Droste Ulfelding, zum zweiten Präsidenten Graf Henckel von Donnersmarck, als besondere Ehrengäte der Katholiken Oberschlesien, zum Vizepräsidenten der Vertreter der Rheinlande, Oberbürgermeister Bartholdi Aachen und als Vertreter der Frauen Hedwig Mansfeld. Es wurde beschlossen, für die diesjährige Generalversammlung von der Bildung besonderer Ausschüsse abzusehen. Bezüglich der deutschen Katholiken, die nach dem Friedensvertrag aus dem Verbande des Deutschen Reiches ausschieden, wurde eine Feststellung angenommen, daß diese bei der jeweiligen Generalversammlung als vollberechtigte Mitglieder gelten sollen. Auch die Katholiken aus der ehemaligen Donaumonarchie und den Nachfolgestaaten sollen als gleichberechtigte Mitglieder an der Generalversammlung teilnehmen. Werner wurde die Feststellung angenommen, daß nunmehr die Frauen gleichberechtigt neben den Männern an der Versammlung teilnehmen sollen.

Reichskanzler Dr. Wirth
hielt nachmittags in der ersten öffentlichen Sitzung eine Ansprache, in der er bestätigte, daß in Deutschland noch immer Blut fließe. Er rief die deutschen Katholiken zur Beteiligung am Zeitungswerk auf. Es dürfte für sie nur ein Ziel geben: Einheit des Reiches und Sicherung seiner Zukunft. Der Kanzler erwähnte dann die Namen der verstorbenen Zentrumsführer Greber, Höhe, Trümmer, Burckhardt und fuhr fort mit Bezugnahme auf den ermordeten Erzberger: „Wir wollen auch des Mannes gedenken, der in schwerer Zeit auf verantwortungsvollen Posten gestanden hat.“ Den Namen Erzberger sprach er nicht aus.

Friedensmahnung des Runtius Vacalli.

Aus dem übrigen Reden ist zu erwähnen eine Ansprache des päpstlichen Runtius Vacalli. Er führte aus: „Noch nie hat es lebhaft der Wunsch nach einem wahren Völkerfrieden bestanden, nach einem Frieden, der über die politischen Grenzen hinweg die verschiedene und verlöhnende Brüderlichkeit. Möge die Versammlung nicht auseinandergehen, ohne ein Werk des Friedens und der Liebe laut und nachvoll auch in die christliche Welt hinausgetragen zu haben, möge die Versammlung ihre Beratungen nicht schließen, ohne den feinen Willen befindet zu haben, auf dem Wege friedlich Arbeit an dem Wiedererstehen des Vaterlandes mitzuwirken.“

Aufruf der Zentrumspartei zum Tode Erzbergers.

In einer Sonderfestung der anwesenden Vorstände der deutschen Zentrumspartei und der Reichstagsfraktion wurde ein Aufruf beschlossen, in dem es u. a. heißt: Der Abgeordnete Erzberger ist einem ruchlosen Mord zum Opfer gefallen. Er schützt nicht die Zentrumspartei an seiner Seite, was doch sein ganzes Leben, seine Jugendkraft wie sein Mannesalter dem Dienste der Partei gewidmet. Wenige haben so rafflos und hingebend gearbeitet im öffentlichen Leben wie er. Erzberger stand im Vordergrund des politischen Kampfes, und wie in dieser Kampf gegen ihn geführt wurden! Nicht mit ehrlöser Waffe — mit leidenschaftlichem Hass, auch mit Zug und Verleumdung wurde die öffentliche Meinung vergiftet, und das Ergebnis ist der gemeinsame Mord. Wir verurteilen jegliche Gewalt im Kampf der politischen Meinungen, kommen sie von rechts oder links. Wir verdammen den politischen Mord. Wir warnen und beschwören unser gesamtes Volk: Läßt ab von aller politischen Leidenschaft, von allen persönlichen Vergebung, kann den Geist der Freiheit zeitigt.“

Der Vertrag von Wiesbaden.

Es kommt so, wie Dr. Rathenau unmittelbar nach seiner ersten Begegnung mit dem französischen Wiederaufbauminister Loucheur angekündigt hat: Das Problem des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete und der Beteiligung Deutschlands an ihm ist eine Frage von so ungeheurem Maße, daß man seiner Lösung nur stückweise näherkommen kann. Bei der ersten Begegnung der beiden Wiederaufbauminister in Wiesbaden ist man, wie erinnertlich, über gewisse allgemeine Richtlinien nicht hinausgekommen. Die zweite Zusammenkunft am Ende der vorigen Woche hat schon zu einer Gruppe von Abmachungen geführt, die man wohl, ohne zu übertrieben, als praktische Arbeit bezeichnen kann. Man hat einen Haupervertrag ausgelegt, der nur von den beiderseitigen Regierungen und von der Reparationskommission zu genehmigen ist. Er legt die durch Deutschland zu vollbringenden Sachleistungen wie auch ihre Finanzierung innerhalb bestimmter Grenzen fest. Möglich, daß man diese Grenzen, wenn von englischer Seite nicht noch der ersten Wiesbadener Zusammenkunft gewisse Bedenken geltend gemacht worden wären, etwas weiter gezogen hätte, wie überhaupt eine gewiß leicht zu begreifende Angstlichkeit die einzelnen Feststellungen zu kennzeichnen scheint. Aber ein Fortschritt ist und bleibt es, daß man wenigstens bis zu diesem Grade sich geeinigt hat, und das schon vom 1. Ok-

tober 1921 ab mit der Ausführung dieses Abkommens begonnen werden kann.

Die Organisation der Sachleistungen ist so, wie Dr. Rathenau sie von Anfang an geplant hatte, vereinbart worden. Es soll eine Art Gesellschaft auf privater Grundlage gebildet werden, die alle Aufträge für Frankreich entgegenzunehmen, sie in Deutschland unterzubringen und für ihre Ausführung zu sorgen hat. Auf französischer Seite wird ein Zusammenschluß der Geschädigten die entsprechende Gegenorganisation bilden. Was auf diese Weise nach Frankreich geliefert wird, soll nicht in die Gesamtsumme der deutschen Ausfuhr einbezogen werden, von deren Höhe bekanntlich gemäß dem Ultimatum vom 5. Mai bestimmt die Geldabgaben an die Entente zu leisten sind. Die französischen Geschädigten sollen vom 1. Oktober ab mit allen Gegenständen beliefern werden, die sie brauchen, soweit es mit den wirtschaftlichen Möglichkeiten Deutschlands vereinbar ist. Die Gesamtheit dieser Leistungen darf an Wert 7 Milliarden Goldmark für die ersten vier Jahre nicht überschreiten. Deutschland soll Frankreich für die Leistung dieser Lieferungen Kredite gewähren. Frankreich hat innerhalb dieser vier Jahre 1 Milliarde Goldmark abzuzahlen. Man will einen Ausschuß von drei Mitgliedern bilden, bestehend aus einem deutschen, einem französischen und einem dritten Vertreter, der von den beiden ersten, und wenn keine Einigung zu erzielen ist, von der Reparationskommission ernannt wird.

Die Kosten dieser neuen Kommission, die alle Streitfragen und Meinungsverschiedenheiten zu regeln hat, sollen von beiden Seiten zu gleichen Teilen getragen werden. Für die Berechnung der Preise, die bei den einzelnen Lieferungen in Anfang zu bringen sind, hat man allgemeine Grundlagen festgelegt, insbesondere für die deutschen Kohlenlieferungen. Die deutsche Kohlenausfuhr wird nach Erfüllung der hier im einzelnen vereinbarten Lieferungen für die Geschädigten in Frankreich im übrigen freigegeben.

Auch die deutschen Bleiablieferungen, die immer nach ihren Endsummen noch nicht beglichen waren, sind nunmehr endgültig festgelegt worden. So sollen statt der 35 000 Pferde, die Frankreich noch zu fordern berechtigt sein will, „nur noch“ 12 500 Pferde und 500 Stücke geliefert werden. Man will unter diese ganzen Fragen nunmehr einen Strich machen, und Frankreich will sogar voran die Kosten der Kommission, die eigens für diesen Zweck der Rückstattung des Blechs eingesetzt wurde, zu einem Siebentel auf sich nehmen. In ähnlicher Weise soll die immer noch offene Rechnung bezüglich des Eisenbahnmaterials nunmehr endgültig beglichen werden; und endlich soll die weitere Rückstattung von Eisenbahnmaterialien an Frankreich zwei Monate nach der Unterzeichnung des Abkommens eingestellt werden. Was Deutschland dann noch an französischem Material dieser Art besitzt, soll ihm verbleiben, unter der Bedingung jedoch, daß Deutschland innerhalb der nächsten acht Monate 120 000 Tonnen Industriematerial, so wie Frankreich es unter den Vorzeichen der deutschen Regierung auswählt, über den Rhein liefern. Andererseits soll Deutschland zugestehen, daß Robuste oder halbfertige französische Produkte nach Vergleichspreisen hier eingeführt werden können. Für andere französische Waren soll Deutschland bestimmte Kontingente für die Einfuhr festlegen, und drittens sollen diejenigen französischen Waren, deren Einfuhr nach Deutschland bisher verboten war, in Zukunft bis zu einem bestimmten Prozentsatz bei uns eingeführt werden dürfen.

Auch eine ganze Anzahl technischer Einzelfragen haben in einem besonderen Anhang zu dem Hauptabkommen ihre Regelung gefunden. Natürlich stehen immer noch viele wichtige Fragen offen, die erst noch durch Sachverständige weiter zu prüfen sein werden. Es bleibt also noch reichlich Arbeit zu tun übrig. Aber das, was vereinbart ist, dürfte fürs erste vollkommen genügen, um — seine Genehmigung durch die zuständigen Stellen auf beiden Seiten vorausgeschoben — den austreibenden Organisationen für die nächsten Wochen und Monate vollauf zu tun zu geben.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Aussetzung und Erlaß von Strafen.

Der Reichspräsident hat sich damit einverstanden erklärt, daß der Reichsminister der Justiz nach Aufhebung der außerordentlichen Gerichte die ordentlichen Gerichte zur Aussetzung und zum Erlaß der von den außerordentlichen Gerichten erkannten Strafen in demselben Umfang ermächtigt, in dem den preußischen Gerichten die Befreiung für die von ihnen verhängten Strafen zusteht. Der Reichsminister der Justiz hat mit Zustimmung des Preußischen Justizministers von dieser Ermächtigung gegenüber den preußischen Gerichten Gebrauch gemacht.

Eisenbahnvertrag mit Lettland und Litauen.

In Riga wurde zwischen Deutschland, Lettland und Litauen ein Eisenbahnvertrag abgeschlossen, der sich auf den Passagier- und Warenverkehr mit diesen Ländern bezieht. Warenzüge können in Zukunft lettändische, litauische und ostdeutsche Grenzen ohne die bisherige Kontrolle und Umladung passieren. Aus Deutschland können nach Lettland Waren direkt bis zu folgenden Stationen gefandt werden: Riga, Dünamurg, Libau, Mitau, Wall, Olmar, Windau und Rostitten. Für die von Deutschland nach Russland gehenden Warentransporte würden in Riga Umladungen erforderlich sein, da hier die deutsche Spurweite aufhört.

Die Gehaltsbewegung bei Reichsbeamten usw.

Zu den Veröffentlichungen über die Vereinbarungen zur Aussetzung der Bezüge der Reichsbeamten, Angestellten und Arbeiter wird nachträglich noch festgestellt, daß die Gesamtbezüge der volljährigen männlichen Angestellten in den ersten 5 Vergütungsstufen des Tarifvertrages vom 4. Juli 1920 ab 1. August d. J. ebenso hoch sein werden wie in der 6. und 7. Vergütungsstufe. Die Bezüge der weiblichen volljährigen Angestellten werden in den ersten 5 Vergütungsstufen mindestens den Bezügen der weiblichen außerplanmäßigen Beamten in den ersten 5 Dienstjahren entsprechen.

Der 3. Band von Bismarcks Erinnerungen freigegeben.

Der frühere Kaiser Wilhelm II. hat unter Verzicht auf den längst noch vom Berliner Kammergericht anerkannten urheberrechtlichen Schutz den Abdruck der von ihm und Kaiser Friedrich verfaßten Briefe in dem im Verlag Cotta erscheinenden dritten Band der „Gedanken und Erinnerungen Bismarcks“ gestattet. Damit dürfte der lang umstrittenen vollständigen Veröffentlichung des dritten Bandes von Bismarcks Erinnerungen nichts mehr im Wege stehen, obwohl diese Veröffentlichung heute wesent-

lich an Interesse verloren hat, nachdem ein großer Teil des Inhalts mittlerweile zum Teil über das Ausland bekannt geworden ist.

Übermaß ein Vertrag Lettow-Vorbeck verhindert.

Eine vom Verein für das Deutstum im Auslande in Reihenfolge eines einberufenen Versammlung, in der General von Lettow-Vorbeck über den Feldzug in Ostafrika sprechen sollte, wurde von den Anhängern der Linkspartei verhindert.

Der ständige Reichstagsausschuß einberufen.

Der Vorsteher des 8. Ausschusses des Reichstages hat diesen Ausschuss, der nach der Verfassung berufen ist, während der parlamentären Zeit, die die Reichsregierung zu kontrollieren, zum Freitag, den 2. September, zu einer Sitzung nach Berlin eingeladen. Der Ausschuss wird die innerpolitische Lage, wie sie durch die Ermordung Erzbergers sich gestaltet hat, beraten und wahrscheinlich auch Stellung nehmen zu den Vorgängen in München, insbesondere zu der Aufrechterhaltung des Ausnahmestandes durch die Regierung Koht.

Deutsch-Ostpreußen.

Die Übernahme des Burgenlandes. Die Räume, die zu übergebenden Gebiete durch die Ungarn ist vollzogen. Jedoch kam es bei dem Einmarsch der österreichischen Truppen mehrfach zu Zusammenstößen. So leisteten die Ungarn namenslich in der Gegend von Oedenburg bewaffneten Widerstand. Auf beiden Seiten hatte man Tote und Verwundete. Ungarische Gendarmerie und serbische Abteilungen halten sich noch an vereinzelten Stellen. Der Polizei ist vollständig in österreichische Hände übergegangen.

Großbritannien.

Umschlagreisen der indischen Unteren. Aus Galicium wird gemeldet: Meuterer plünderten den Staatschafft in Cernab, wobei ihnen 600 000 Ripien in die Hände fielen. Alle in Untersuchungshaft befindlichen Gefangenen wurden von ihnen befreit. Die Waffen und Munitionsbestände der Polizei wurden weggeschleppt. Ein Autobus, der nach Galicium zurückkehrte, wurde überfallen, zwei Angeklagte ermordet und der Autobus in Brand gestellt. Die Aufständischen ermordeten Europäer, ihr Weg ist durch Brandstiftungen und Verwüstungen gekennzeichnet. Sie haben Homerule im ganzen Aufstandsgebiet ausgerufen und die grüne Fahne entfaltet.

Aus In- und Ausland.

London. Nach einer Meldung der „Morning Post“ aus Washington ist zwischen den Vereinigten Staaten und Japan eine Vereinbarung in der Handlungsfrage erzielt worden.

Belgrad. König Alexander von Serbien ist an einem gefährlichen Geschwür erkrankt, das operiert werden mußte.

Lissabon. Das Ministerium ist zurückgetreten.

Warschau. Ein aus Russland kommender Zug mit zurückkehrenden Polen ist bei Warsawowitsch entgleist. 13 Personen wurden getötet, 20 verletzt.

Bordeaux. Zwei überfüllte Straßenbahnen sind ineinander gerammt, wobei die Wagen aus den Schienen sprangen und die Reisenden unter sich begraben. Eine Person wurde getötet, ungefähr 20 verletzt, darunter 5 tödlich.

Konstantinopel. Man meldet aus Konstantinopel, daß die Bewegungen des rechten türkischen Flügels sich zugunsten der Türken entwickeln. Der Rückzug der Griechen ist beobachtet.

Blutige Demonstrationen in Potsdam

Zwei Todesopfer.

Potsdam, 29. August.

Der Jugendbund der deutschnationalen Volkspartei in Potsdam hatte eine Erinnerungsfeier an die Schlacht von Tannenberg geplant, die in Gestalt einer Versammlung unter freiem Himmel stattfinden sollte. Der Stadtrat mit Gegenverbündungen drohte, verbot der Polizeipräsident die Versammlung unter freiem Himmel. Darauf hielt die Deutschnationalen ihre Feier in der großen Lufthalle und in einer Gymnastikhalle ab; die Feiern verließen ruhig. Dagegen kamen anlässlich der Gegendemonstration der Linksparteien Zwischenfälle vor. In mehreren Bällen, zusammen 12 000 Mann, Potsdamer und Auswärtige, marschierten sie am Nachmittag durch die Stadt, um sich dann auf mehrere Lokale zu verteilen. Unterwegs nahmen sie an verschiedenen schwarz-weiß-roten Fahnen und Schleifen Anstoß, die anlässlich der Tannenbergfeier ausgedehnt oder angelegt worden waren. Zwei Reichswehrsoldaten gerieten auf irgendwelche Weise mit den Demonstranten in Streit; die Meldungen über diesen Vorgang sind nicht klar. Die Soldaten mußten flüchten und wurden verfolgt. Auf einer Brücke über den Kanal traten den Verfolgern die Polizeiwachtmeister Iwan und Wolff entgegen. Beide wurden angegriffen und verprügelt. Wolff, schwerverletzt, griff zum Revolver und gab fünf Schüsse ab, von denen zwei seiner Angreifer getötet wurden: die Arbeiter Regener aus Steglitz und Hensel aus Berlin. Darauf gelang es der Polizei, die Straßen abzusperren.

Individuelle hatten die Demonstranten am Schloß schwarz-weiß-rote Fahnen verbrannt. Man bereitete sich zum Abmarsch vor, als die Nachricht von der Erschießung der beiden Leute eintraf. Verschiedene Jugendliche machten Miene, darauf das Schloß zu stürmen, wurden aber von bewaffneten Elementen zurückgehalten. Eine Abordnung begab sich sofort zum Polizeipräsidium von Bismarck, der strenge Untersuchung des Falles zufügte. Die verlangte Jurisdiktion der Schutzpolizei konnte nicht genehmigt werden, aber die Abhaltung einer Versammlung im Lustgarten, entgegen dem ursprünglichen Verbot, wurde füllschweigend geduldet. Darauf zerstreuten sich die Demonstranten, nachdem schon ein Teil von ihnen mit der Eisenbahn Potsdam wieder verlassen hatte.

Am Abend war Potsdam wieder ruhig. Die schwarz-weiß-roten Fahnen waren verschwunden. Die Staatswacht begann sofort die Untersuchung mit der Vernehmung der Augenzeugen. Die Leichen sollen abgebaut werden. Der schwerverletzte Wachtmeister Wolff liegt im Potsdamer Verpflegungslazarett.

Von Lenin gestohlene Papiere in Russland ein

Berlin, 28. August. In einem Briefe, der im „Molin“ veröffentlicht wird, gibt Lenin das Gedächtnis des Bolschewismus zu. Er persönlich, erzählt Lenin, sei vollständig ruinirt. Seit drei Jahren habe er schon an der Durchführung des Bolschewismus gearbeitet. Trotzdem habe er die irgende Methode weiter verfolgt, und ich, wo er das Resultat des Bolschewismus sehe, gesehe er ein, daß alles verloren sei, daß er die Kraft der Arbeiter und Bauern übersehen habe. Die kommunistische Partei habe sich sehr betrogen. Ohne ein Kompromiß mit den bürgerlichen Parteien wäre der vollständige Zusammenbruch Russlands nicht zu vermeiden, da die gegenständlichen Tendenzen zu stark seien.

Europäisches Geschehen

Am ersten Tag des Augusts und Augusts brachten Scharen von Menschen aus dem Auslande, sondern aus Schweden, der Tschekoslowakei und Österreich-Ungarn ein. Am zweiten Tag des Augusts und Augusts brachte eine große Menge von Menschen aus dem Auslande, sondern aus Schweden, der Tschekoslowakei und Österreich-Ungarn ein. Am dritten Tag des Augusts und Augusts brachte eine große Menge von Menschen aus dem Auslande, sondern aus Schweden, der Tschekoslowakei und Österreich-Ungarn ein. Am vierten Tag des Augusts und Augusts brachte eine große Menge von Menschen aus dem Auslande, sondern aus Schweden, der Tschekoslowakei und Österreich-Ungarn ein. Am fünften Tag des Augusts und Augusts brachte eine große Menge von Menschen aus dem Auslande, sondern aus Schweden, der Tschekoslowakei und Österreich-Ungarn ein. Am sechsten Tag des Augusts und Augusts brachte eine große Menge von Menschen aus dem Auslande, sondern aus Schweden, der Tschekoslowakei und Österreich-Ungarn ein. Am siebten Tag des Augusts und Augusts brachte eine große Menge von Menschen aus dem Auslande, sondern aus Schweden, der Tschekoslowakei und Österreich-Ungarn ein. Am achten Tag des Augusts und Augusts brachte eine große Menge von Menschen aus dem Auslande, sondern aus Schweden, der Tschekoslowakei und Österreich-Ungarn ein. Am neunten Tag des Augusts und Augusts brachte eine große Menge von Menschen aus dem Auslande, sondern aus Schweden, der Tschekoslowakei und Österreich-Ungarn ein. Am zehnten Tag des Augusts und Augusts brachte eine große Menge von Menschen aus dem Auslande, sondern aus Schweden, der Tschekoslowakei und Österreich-Ungarn ein. Am elften Tag des Augusts und Augusts brachte eine große Menge von Menschen aus dem Auslande, sondern aus Schweden, der Tschekoslowakei und Österreich-Ungarn ein. Am zwölften Tag des Augusts und Augusts brachte eine große Menge von Menschen aus dem Auslande, sondern aus Schweden, der Tschekos

Nob und Jern.

O Ein Chemnitzer Großindustrieller verunglückt. Kommerzienrat Ladewig, Inhaber einer Maschinenfabrik zu Chemnitz, wollte sich von Chemnitz aus in seinem Automobil in Begleitung einer Verwandten nach Leipzig begieben, um an einer Sitzung des Messenvorstandes teilzunehmen. Am Eingange des Dorfes Gruna kam dem Wagen von Leipzig her ein anderer Kraftwagen entgegen, der eine große Staubwolke aufwirbelte. Unmittelbar darauf stießen zwei Jungen über die Straße, von denen einer von dem Auto erfaßt und ein Stück mitgeschleift wurde. Um den Jungen nicht zu überfahren, lenkte der Führer scharf nach rechts, wobei er einen Kilometerstein anfuhr. Kommerzienrat Ladewig und seine Begleiterin wurden aus dem Wagen geschleudert. Während die Verwandte des Kommerzienträters mit Hautabschürfungen davonkam, hatte dieser selbst schwere innere Verletzungen erlitten, an denen er bald darauf starb.

O Belgische Brutalität. Das Brüsseler Blatt „Solt“ meldet, daß es in Einey (im südlichen Belgien) zu lebhaften Zwischenfällen kam, als ein fröhlicher Chef der Kommandantur von Einey, namens Ulstrund, der eine Dame aus Einey geheiratet hatte, dorthin zurückkehrte. Ulstrund wurde erkannt und geschlagen. Mit blutüberströmtem Gesicht konnte er sich in das Bureau des Bahnhofsvorstandes flüchten, wo er von der Gendarmerie befreit wurde. Seine Frau wurde gleichfalls mishandelt. Die Menge nahm weiter eine drohende Haltung ein, so daß die Gendarmerie ein Auto herbeiholen mußte, in dem der deutsche Offizier unter dem Schutz von Gendarmen mit unbekanntem Ziel davonfuhr.

O Schweres Automobilunglück. Auf der abschüssigen Straße Herrnhut—Bittau passierte der Fahrer Dr. Adler aus Senftenberg (Niederlausitz) mit Frau und Kind eine gefährliche Kurve, wobei das Auto vermutlich infolge Ver sagen der Bremse in voller Fahrt gegen das Brüderländchen anstieß. Das Fahrzeug wurde völlig zertrümmt und die Insassen hinausgeschleudert. Dr. Adler lag unter dem Geländer hindurch in den über 8 Meter liegenden Bach und trug so schwere Verletzungen davon, daß er sofort nach seiner Entfernung in das Bittauer Stadtkrankenhaus starb. Frau Adler sowie ihr kleiner Sohn und der Kraftwagenführer erlitten leichtere Verletzungen.

O Schweres Eisenbahnunglück bei Rom. Ein von Fabriksort kommender Personenzug ist infolge falscher Weichenstellung mit einem aus der entgegengesetzten Richtung kommenden Güterzug zusammengestoßen gerade an einer Stelle, an der sich auf der einen Seite eine Schlucht befindet. Acht Wagen des Personenzuges stürzten in die Schlucht. Es spielten sich schreckliche Szenen ab. Bis hier sind 37 Tote und 150 Verletzte gevögten.

Bermischtes.

A Nordische Woche zu Lübeck. Im Rahmen der Nordischen Woche zu Lübeck (1. bis 11. September 1921) findet auf Anregung der Deutsch-Schwedischen Vereinigung eine Deutsch-Nordische Schulkonferenz statt, auf der Fragen des

Kulturbildes und der gemeinsamen Arbeit auf dem Gebiete der Schule erörtert, Vorschläge aufgestellt und ihre Ausführung bei den Behörden angeregt werden sollen. Vertreter der beteiligten Länder haben ihr Erscheinen zugesagt. Den Ehrenvorstand führen die Professoren Eugen-Jena und Montelius-Stochholm. Die Sitzungen werden Dienstag, den 6. und Mittwoch, den 7. September 1921, im Roten Saale des Rathauses zu Lübeck stattfinden.

▲ Drahtlose Station bei Bern. Die schweizerische Marconi-Radiostation in der Nähe von Bern hat jetzt ihren 100 Meter hohen Turm fertiggestellt. Zwischen ihr und der englischen Marconi-Station Chelmsford bei London wurden die ersten Telegramme gewechselt. Die Versuche gelangen vollständig.

▲ Ein Seltensestück zu den astronomischen Instrumenten. Wie „Daily Express“ berichtet, befinden sich einige Chinesen in London, die an die englische Regierung das Ansuchen stellen, den Wert von zwei goldenen Tempelglocken zu ersetzen, die während des Boxeraufstands im Jahre 1900 aus dem Himmelsstempel in Peking von Angehörigen der englisch-indischen Armee geraubt worden waren. Zwei Offiziere von indischen Regimentern haben damals in einem Kellergewölbe unter dem Tempel versteckt die beiden mit Drachenornamenten geschmückten goldenen Glocken entdeckt und mit nach Indien genommen. Eine wurde von dem Obersten für das Regimentskasten beansprucht. Die andere wurde von dem Offizier, der sie entwendet hatte, bei einem Bankier in Indien in Gewahrsam gegeben. Da der Offizier fürchtete, daß bei einem Verlauf der Glöckchen der Ursprung entdeckt werden könnte, ließ er sie später einschmelzen. Eine Juwelierfirma in Delhi baute ihm das Gold für 25.000 Pfund ab. Bezeichnenderweise führen sich die Chinesen, die jetzt für die Priesterhochzeit des Pekinger Himmelsstempels den Wert der Glocken verlangen, ihre Forderung darauf, daß jene Klausel des Verfaßter Friedensvertrages Deutschland zur Rückstellung der bekannten astronomischen Instrumente verpflichtet hat.

▲ Geistige Arbeit. Wie aus Brüssel gemeldet wird, hat der dort tagende Kongreß der geistigen Arbeiter eine Resolution angenommen, in der es heißt: 1. Der Kongreß erwägt den Entwurf für eine internationale Vereinigung geistiger Arbeiter, er gibt 2. der internationalen Arbeitervereinigung das Mandat, in den verschiedenen Ländern dafür zu wirken, daß in jedem Lande eine zentrale Organisation geistiger Arbeiter, die der internationalen Vereinigung angehören, zustande kommt, und gibt 3. der internationalen Vereinigung den Auftrag, sofort mit den Organisationen des Volkerbundes und des internationalen Arbeitsbureaus bezüglich der eben genannten Fragen in Verbindung zu treten.

▲ Wo wird am meisten geschieden? Die Zahl der Ehescheidungen ist im Deutschen Reich von 1903 mit 9933 bis 1913 auf 17.835 angewachsen, auf je 100.000 Einwohner von 16,9 auf 26,6. Im Kriege ging die Zahl auf 16,3 zurück, stieg aber schon 1918 auf 26,6 und 1919 auf 26,2, fast doppelt so viel wie 1903 bis 1905. 1919 war die Zahl der Ehescheidungen am größten in Homburg mit 138,4, dann in Berlin mit 118,9, in Bremen mit 90,0. Um

weiteren Abstande folgen Sachsen mit 88,9, Braunschweig 35,8, Preußen 36,4, Baden 32,6, Bayern 31,2, Mecklenburg-Schwerin 30,9, Württemberg 24,0 und Oldenburg mit nur 20,7.

□ Bom Heurigen. Zu trinken werden wir ihn ja wohl nicht bekommen, den 1921er, soweit wir nicht gerade Schieber oder Inhaber eines Weltkonzernes sind, und eine Menge wird wohl auch in das valuaftarke Ausland abschieben. Aber es mag uns immerhin ein platonischer Trost sein, daß der Himmel uns doch nicht ganz vergessen hat, wenn es auch wie Hobn Klingt: Ein seiner Trophäen wird der Heurige, so lautet alle Berichte aus dem Rheingau. Die Trauben haben sich unter der heißen Sonnenblitze der Monate Juli und August überaus günstig entwickelt und sind in der Reise gegenüber anderen Jahren um Wochen voraus. Überall findet man schon völlig reife Trauben von hervorragender Größe und einem sehr hohen Ausgehalte. Die Besichtigungen, daß die Trauben infolge der großen Trockenheit einen geringeren Saftgehalt aufweisen würden, sind durch reichliche Niederschläge bedeutend beobachtet worden. Auch hinsichtlich der Quantität sind die Ausichten vielsach durchaus befriedigend. Nur dort, wo der Frost die jungen Gescheine früher Sorten vernichtet, ist mit einer Bedrohung zu rechnen.

▲ Die Schollen verschwinden aus Dänemark. Die dänische Biologische Station in Nyborg hat festgestellt, daß die sonst in dänischen Gewässern so häufig vorkommenden Schollen immer mehr verschwinden. In allen dänischen Gewässern, im Großen Belt wie im Skagerrak, macht sich das geltend. Bei Syros im Großen Belt hat man früher 2000 bis 3000 Schollen in einem einzigen Zug fangen können; jetzt erhält man kaum 2 bis 3 auf einmal. Man erwägt staatliche Schutzmahnahmen, um die Ausrottung der Scholle zu bindern.

▲ Botschaftswurm im alten Ägypten. In einem ägyptischen, 4000 Jahre alten Papirus findet sich in einem Bericht über eine soziale Umwälzung folgende interessante Stelle: „Im Reichswehr herrscht der Böbel, und das Haus der Dreiligr (der höchste Gerichtshof) ist öde und verlassen. Die Aufsteigung gegen die Behörden und gegen die Großen ist allgemein, und jede Stadt erklärt: „Wir wollen unter uns keine Großen mehr haben.“ Die höchsten Würdigkeiten hungern, und die Bürger müssen mit eigenen Händen ihr Mehl mahlen. Der Böbel gelangt hilflos zu Reichstümern, die Slaven führen das große Wort, und die Fremdlinge können ungehört das Land überschwemmen. Räuber und Mörder beherrschen das Land, die Städte sind verwüstet, die Gräber geschnitten und die Häuser verbrannt. Man bestellt die Felder nicht mehr, kann keine Häuser mehr, und keiner will noch Steuern zahlen. So ist das Land verlassen, und der hungrnde Mensch beneidet die Schweine um ihr Futter. Sitte und Auffahrt werden nicht mehr geachtet, man lacht nicht mehr, und selbst die Kinder sind schon des Lebens überdrüssig. Die Menschen sterben, und es werden immer weniger geboren. Man hat nur noch den einen Wunsch, daß alles ein Ende nehme.“ — Das könnte sehr wohl auch in einem modernen Buch über das heutige Rußland stehen.

Redaktion: Robert Götz, Druck und Verlag Otto & Sohn in Naunhof



(Albrechtshain,
Dieses Bla

Ergebnis
für den Son
ohne Zu
Gewalt, A
kelnen W

Nummer 10

Die Gemein
1921 (1. April 1921)
Grundsteuererheb
auswärtige Besitzer
erhoben. Jedem S
zugestellt.

Gültig ist die
ist sie innerhalb 4 S
Naunhof, am 1. G

Die Geschäftsf
der Sparkasse bleibt
Dienstag, den
Dringliche So
Tage zwischen 10 u
Naunhof, am 29.

Vereinsba

Diskontierung und
Sch
Ausbewehrung
Gemeinde 44. Se

Aleine

* In Berlin und
Demonstrationen in

* Der Belagerung
Preußen ist ab 1. Se

* Die italienische
legionen hat einst
Friedensvertrages er
teilung der ersten de

* Die Griechen ha
gruppen und die St

* Der Sondertri
Dresden unterzeichnet

* Der amerikanisc
Lah noch dem Unfa
Kamerata keine größere

Trachten

Die
Berlin. Der B
und Kriegshinterbl
den den Organisa
arbeitsministerium e
Mißlage der Kriegs
Vertreter des Bem
bezeichneten die vo
einzelner Bestimmung
eine schleunige Abnah
in der Verbände en
Liegenschaften der Rei
Zinn sollen in einer
Riegelsbeschädigten u
nahmen beschlossen

Bojan

Berlin. Nach de
1. Oktober ab im B
des Vorlags gegen e
Anmeldung eines je
Bestimmung Anmeldezeit.
Der Teilnehmer hat
dil, daß er die Ann
also nicht gegen e
Bunde anzumelden.
christliche Vorlagsan
geschlossen werden, daß
selben Teilnehmer
Bindungen, die für e
vorraus besteht, w
von Berggesprächen de
ordnung verboten.

Berlin. Nach de
1. Oktober ab im B
des Vorlags gegen e
Anmeldung eines je
Bestimmung Anmeldezeit.
Der Teilnehmer hat
dil, daß er die Ann
also nicht gegen e
Bunde anzumelden.
christliche Vorlagsan
geschlossen werden, daß
selben Teilnehmer
Bindungen, die für e
vorraus besteht, w
von Berggesprächen de
ordnung verboten.

Berlin. Nach de
1. Oktober ab im B
des Vorlags gegen e
Anmeldung eines je
Bestimmung Anmeldezeit.
Der Teilnehmer hat
dil, daß er die Ann
also nicht gegen e
Bunde anzumelden.
christliche Vorlagsan
geschlossen werden, daß
selben Teilnehmer
Bindungen, die für e
vorraus besteht, w
von Berggesprächen de
ordnung verboten.

Berlin. Nach de
1. Oktober ab im B
des Vorlags gegen e
Anmeldung eines je
Bestimmung Anmeldezeit.
Der Teilnehmer hat
dil, daß er die Ann
also nicht gegen e
Bunde anzumelden.
christliche Vorlagsan
geschlossen werden, daß
selben Teilnehmer
Bindungen, die für e
vorraus besteht, w
von Berggesprächen de
ordnung verboten.

Berlin. Nach de
1. Oktober ab im B
des Vorlags gegen e
Anmeldung eines je
Bestimmung Anmeldezeit.
Der Teilnehmer hat
dil, daß er die Ann
also nicht gegen e
Bunde anzumelden.
christliche Vorlagsan
geschlossen werden, daß
selben Teilnehmer
Bindungen, die für e
vorraus besteht, w
von Berggesprächen de
ordnung verboten.

Berlin. Nach de
1. Oktober ab im B
des Vorlags gegen e
Anmeldung eines je
Bestimmung Anmeldezeit.
Der Teilnehmer hat
dil, daß er die Ann
also nicht gegen e
Bunde anzumelden.
christliche Vorlagsan
geschlossen werden, daß
selben Teilnehmer
Bindungen, die für e
vorraus besteht, w
von Berggesprächen de
ordnung verboten.

Berlin. Nach de
1. Oktober ab im B
des Vorlags gegen e
Anmeldung eines je
Bestimmung Anmeldezeit.
Der Teilnehmer hat
dil, daß er die Ann
also nicht gegen e
Bunde anzumelden.
christliche Vorlagsan
geschlossen werden, daß
selben Teilnehmer
Bindungen, die für e
vorraus besteht, w
von Berggesprächen de
ordnung verboten.

Berlin. Nach de
1. Oktober ab im B
des Vorlags gegen e
Anmeldung eines je
Bestimmung Anmeldezeit.
Der Teilnehmer hat
dil, daß er die Ann
also nicht gegen e
Bunde anzumelden.
christliche Vorlagsan
geschlossen werden, daß
selben Teilnehmer
Bindungen, die für e
vorraus besteht, w
von Berggesprächen de
ordnung verboten.

Berlin. Nach de
1. Oktober ab im B
des Vorlags gegen e
Anmeldung eines je
Bestimmung Anmeldezeit.
Der Teilnehmer hat
dil, daß er die Ann
also nicht gegen e
Bunde anzumelden.
christliche Vorlagsan
geschlossen werden, daß
selben Teilnehmer
Bindungen, die für e
vorraus besteht, w
von Berggesprächen de
ordnung verboten.

Berlin. Nach de
1. Oktober ab im B
des Vorlags gegen e
Anmeldung eines je
Bestimmung Anmeldezeit.
Der Teilnehmer hat
dil, daß er die Ann
also nicht gegen e
Bunde anzumelden.
christliche Vorlagsan
geschlossen werden, daß
selben Teilnehmer
Bindungen, die für e
vorraus besteht, w
von Berggesprächen de
ordnung verboten.

Mühle Lindhardt.

Donnerstag, den 1. September

groß. Garten-Konzert u. Ball.

Voranzeigell

Sonntag und Montag

großes Haus-Erntedankfest.

Jahres-Hauptversammlung

Freitag, den 2. September, abends 8 Uhr
im Rothenburger Erker

Zahlreiches und prächtliches Erscheinen dringend erforderlich!
Naunhofer Bürger-Ausschuß (Bürgerrat) e.V.

Jagdpatronen

beste Qualitäten liefert prompt

Fr. Liebe, Moltkestr. 10.

Gestohlen

wurde am Sonntag abend zwischen 1/2,10 und 1/2,11 Uhr im
im Gasthof 2. Altinga 1 Fahrrad kennzeichnet: Hinterrad
neue Ganzstahl-Bremse, ohne Freilauf und ohne Vorder-
bremse. Einzige Wahrnehm. sind im Gasthof Altinga oder bei
Scheibe, Ummelshain abzugeben. Wiederbr. erh. sehr gute Belohn.

Ostermädchen

gesucht

süßer u. ehrlich muß sie sein. Zu melden Schillerstr. 27, I.

Verloren

wurde am Sonnabend nachm.
auf dem Wege von der Schiller-
nach der Langestra. eine goldene

Damenuhr.

Gegen gute Belohnung abzugeben.
in der Expedition dts. Blattes.

12 Sich. neue Weckgläser

(1 1/2, Dts.) neuer Brothobel

zu verkaufen Mittwoch vorm.

Zu erst. in der Exp. dts. Blatt.

„Buch“

Titel: „Frauenlob“ vor einigen
Wochen verloren gegangen.
Gegen gute Belohnung abzug.
in der Expedition dieses Blattes.

Freie Turnerschaft Naunhof

Morgen Mittwoch, den 31. Aug.
im Rest. Herberge

Außenordentlich Versammlung

Belt. Kränzchen.
Das Erscheinen aller Mitglieder
ist erforderlich. Der Vorstand.



Besseres junges Mädchen

(Kindergarten) zu 3 Kindern
für sofort nach Leipzig gesucht.
Bedingung: Beaufsicht. der
Schularbeiten, etwas Kenntnis
im Klavierspiel und Französisch.
Zu erst. in der Exp. dts. Blatt.

Birnen

verkauft Pfd. à 65 Pf.
Langestraße 4 p.

Lästige Haare